



KONRAD ADENAUER, KANZLER VON 1949 BIS 1963

Kampf ums Geschichtsbuch

Von den sieben Kanzlern haben bisher nur Adenauer, Brandt und Kohl einen dauerhaften Platz im Gedächtnis der Deutschen. Auch Schröder bemüht sich. Nur wenn seine Reformen greifen und die Arbeitslosigkeit zurückgeht, hat er eine Chance. / Von Hartmut Palmer

Gerhard Schröder hat seine Vorgänger immer im Blick. Sie umgeben ihn ständig. Wenn der Kanzler aus seinem Arbeitszimmer tritt, steht er in Augenhöhe neben Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Geht er hinüber zum Büro seiner Frau, muss er an Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt, an Helmut Schmidt und Helmut Kohl vorbei. Am Ende des Flurs trifft er sich selbst.

Genau so hat er es gewollt. Als er den Neubau im Spreebogen bezog, ließ Schröder die Kanzler-Porträts des Bonner Fotografen Konrad R. Müller ankaufen. Die Arbeiten aus den Jahren 1965 bis 1998 – großflächige Landschaften in Schwarzweiß – haben inzwischen einen hohen Sammlerwert. Als zusammenhängendes Ensemble gibt es sie nur noch ganz selten. Im Kanzlerflur sehen sie aus wie ein Stück altes Bonn im neuen Berlin.

Allerdings konnte die als Gesamtkunstwerk konzipierte Serie nur gestückelt untergebracht werden. Auf die Flächen zwischen den Türen passen nur jeweils zwei Bilder. Dadurch ergibt sich der ironische Effekt, dass ausgerechnet die Kanzler in trauter Zweisamkeit nebeneinander hängen, die sich im richtigen Leben am wenigsten mochten:

► der Patriarch Adenauer (Kanzler von 1949 bis 1963), der die Fundamente leg-

te und die Westrepublik fest im transatlantischen Bündnis verankerte, neben seinem ungeliebten Nachfolger Ludwig Erhard, der – als Vater des „Wirtschaftswunders“ verehrt – als Kanzler (1963 bis 1966) kläglich scheiterte;

- ▶ der Alt-Nazi Kiesinger, als Kanzler der Großen Koalition (1966 bis 1969) nur eine flüchtige Fußnote, neben dem Anti-Nazi und Emigranten Brandt, der als Chef der ersten sozial-liberalen Koalition (1969 bis 1974) wie Adenauer ein großer Staatsmann wurde, weil er mit seiner Ost- und Entspannungspolitik dessen Werk der Aussöhnung vollendete;

- ▶ der Lotse und Krisenmanager Schmidt (1974 bis 1982), als Ökonom und strategischer Kopf in der Welt geachtet, aber an der eigenen Partei gescheitert, neben dem Aussitzer und historischen Glückspilz Kohl (1982 bis 1998), der als Kanzler der Einheit ins Geschichtsbuch kam, weil er regierte, als die Mauer fiel.

Der vierte Abschnitt, ganz am Ende des Flurs und kleiner als die anderen, gehört dem Amtsinhaber allein: Gleich neben dem Büro der Ehefrau, derzeit belegt von der Flutkatastrophen-Beauftragten Christina Rau, hängt Schröders Konterfei.

Es hängt sehr weit weg von Adenauer. Aber da sich alle Kanzler-Bilder ein wenig ähnlich sehen, weil sie die Handschrift des Künstlers tragen, sieht der gemüllerte Schröder ein bisschen aus wie der gemüllerte Adenauer. Und nicht nur die Bilder gleichen sich. Auch bei näherer historischer Betrachtung ergeben sich erstaunliche Parallelen: Schröder, beispielsweise, ist in den letzten beiden Jahren dem Gründervater Adenauer in vielem ähn-

licher geworden als dessen selbsternannter „Enkel“ Kohl.



Schröder ist fünf Jahre alt, als Adenauer Kanzler wird. Seine Mutter, Kriegerwitwe, muss putzen gehen, um die Familie durchzubringen. Sie wohnen in einer Baracke neben dem Fußballplatz.

Es sind die Jahre, in denen es ständig aufwärts geht in Westdeutschland. Aber für Leute wie die Schröders hat der Adenauer-Staat kein Geld. Es sind für ihn Hungerjahre. „Ich habe jahrelang Fensterkitt gefressen“, erzählt er später.

Alles muss er sich hart erarbeiten: die Abendschule nach der Lehre, das Abitur, das Studium. Während der Ferien arbeitet er als Putzer auf dem Bau. Wenn seine Kollegen nach Feierabend Bier trinken gehen, büffelt Schröder.

1962 wird Hamburg von einer schrecklichen Flutkatastrophe heimgesucht. Schröder ist 18 und bewundert Helmut Schmidt, damals Innensenator in Hamburg. Der hat das Heft in die Hand genommen, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und die Bundeswehr unter sein Kommando gezwungen und Menschenleben gerettet. Schröder will auch so sein wie Schmidt.

Ein Jahr später tritt Adenauer zurück. Die Konservativen regieren trotzdem weiter – erst mit Erhard, dann mit Kiesinger. Sie tun so, als wäre das ein Naturgesetz. Das ärgert Schröder, je älter er wird, desto mehr. Brandts sozial-liberale Koalition versuchen die Bürgerlichen als „historischen Irrtum“ madig zu machen – wie heute Schröders rot-grüne.

Im Jahr des Adenauer-Rücktritts ist Schröder in die SPD eingetreten. Nicht wegen Brandt, wie die meisten Sozialdemokraten seiner Generation, sondern wegen Schmidt, sagt er später. An dem Mann habe ihm gefal-



LUDWIG ERHARD, KANZLER VON 1963 BIS 1966

len, dass er immer „mit einfachen Sätzen, für jeden nachvollziehbar“ seine Politik erklären konnte.

Aber es gibt noch einen anderen Grund für den SPD-Eintritt: Schröder will es allen zeigen – den Konservativen, den Etablierten und auch den eigenen Genossen –, dass er dazugehören kann.

Was ihn antreibt, hat der Kanzler einmal so beschrieben: „Stolz auf eine Biografie als Arbeiterkind zu sein, das gibt es immer noch. Und auf dieser Basis den Herrschaftsanspruch deutscher Konservativer zurückzuweisen, das ist Teil meines Selbstverständnisses.“



Es gibt ein paar Gemeinsamkeiten zwischen Kohl und Schröder, die sie von allen anderen Kanzlern unterscheiden. Beide wurden von den „Parteifreunden“ im eigenen Lager unterschätzt. Beide mussten heftig strampeln, bis sie Kanzler wurden. Beide hatten mächtige „Männerfreunde“ – Franz Josef Strauß der eine, Oskar Lafontaine der andere – im Nacken, mit denen sie sich scheinbar arrangierten, bevor sie sie abservierten: Kohl, indem er Strauß 1980 als Kanzlerkandidat ins Leere laufen ließ, Schröder, indem er 1998 Lafontaine in die Kabinettsdisziplin lockte.

„Birne“ nannten sie Kohl, als „Walz aus der Pfalz“ oder „Schwarzer Riese“ haben sie ihn verspottet. Strauß warf ihm Knüppel zwischen die Beine und sagte, Kohl sei „total unfähig“ fürs Kanzleramt.

Über Schröder sagten viele Sozialdemokraten Ähnliches. Er sei ein Hallodri und könne den Laden nicht führen. Rudolf Scharping schob sich vor ihn und später



KURT GEORG KIESINGER, KANZLER VON 1966 BIS 1969

FOTOS: KONRAD R. MÜLLER / AGENTUR FOCUS

Lafontaine. Als Ministerpräsident in Niedersachsen zeigte Schröder, dass er es kann. Es dauerte dann noch acht Jahre, bis er in Bonn zum Zuge kam.

Kohl, der angeblich schon der Tanzstundendame Hannelore, seiner späteren Frau, prophezeite, er werde einmal Kanzler sein, braucht als Oppositionsführer in Bonn sechs Jahre, bis er regiert.

Am 4. Oktober 1976 steht er, umringt von Journalisten, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Er hat am Abend zuvor sensationelle 48,6 Prozent bei der Bundestagswahl bekommen und kann trotzdem nicht regieren, weil SPD und FDP ein paar Stimmen mehr haben. Als ihn einer fragt: „Warum bleiben Sie nicht Ministerpräsident in Mainz?“, stampft er wie ein trotziger Schulbube mit dem Fuß auf und ruft: „Ei, isch will Bunnzkanzler werde!“

Das ist genauso komisch und ebenso ernst gemeint wie später, in den achtziger Jahren, Schröders legendäres „Ich will da rein!“-Gerütle am Bonner Kanzleramtszaun. Viele haben es versucht. Aber von denen, die es schafften, waren Kohl und Schröder die Zielstrebigsten und Ausdauerndsten.

Gewiss: Auch Adenauer hat getrickst, um 1949 eine Mehrheit zu bekommen. Er könne, nach Meinung seines Hausarztes, ohnehin nur ein oder zwei Jahre regieren, behauptete er. Und bei der Abstimmung im Bundestag wählte er sich selbst. Seine Stimme gab den Ausschlag.

Anders als Kohl und Schröder jedoch hat Adenauer sein Leben nicht auf dieses Ziel ausgerichtet. Seine politische Vita als Kölner Oberbürgermeister (von 1917 bis 1933) sowie Mitglied und Präsident des Preußischen Staatsrats (1920 bis 1933) war längst vorbei, als er Kanzler wurde. Er war 73 Jahre alt.

Auch seine unmittelbaren Nachfolger kamen, so die Historiker Arnulf Baring und Gregor Schöllgen*, eher zufällig ins Rennen: „Erhard und Kiesinger waren zur rechten Zeit am rechten Ort.“

Brandt rüttelte nicht am Zaun. Er hatte seine Ambitionen auf das höchste Re-

gierungsamt, ebenso wie später sein Nachfolger Helmut Schmidt, schon aufgegeben, als er zum Zuge kam. Schmidt hatte anfangs sogar Bammel vor dem Amt.

Solche Skrupel kannten Kohl und Schröder nicht. „Ein Politiker, der sich das Amt des Bundeskanzlers zutraut, und das tue ich, geht dem Reiz dieses Amtes auch nicht aus dem Weg“, sagte Kohl. „Macht macht süchtig“, gestand Gerhard Schröder bereits als niedersächsischer Ministerpräsident, und verleite „dazu, alle Hemmungen fahren zu lassen, bloß um sich die nächste Dosis einverleiben zu können“.



Adenauer ist der Größte. An ihm müssen sich alle messen lassen. „Ur-Kanzler“ nennt ihn Schröder. „Wir alle sind Erben dieses bedeutenden Mannes, der Aktiva und Passiva seiner Bilanz“, urteilte Brandt.

Der greise Patriarch aus dem Rheinland war schon zu Lebzeiten eine Legende,

weil er seinen Landsleuten das Gefühl gab, nach dem verlorenen Krieg und der schrecklichen Nazi-Barbarei in der Welt wieder geachtet zu sein. Die Deutschen zählen ihn sogar noch vor Martin Luther zu den ganz Großen ihrer Geschichte.

Adenauer legte die Fundamente, auf denen die Republik noch heute ruht. Er betrieb die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die ideologische Abschottung gegen die „Zoffjets“, die Aussöhnung mit Frankreich. Das sicherte ihm einen festen Platz in der Ruhmeshalle der Deutschen.

Brandt war der Zweite, der dort einzog, weil er dem „Ur-Kanzler“ auf dem Feld der Außenpolitik ebenbürtig war. Was dieser mit der Westintegration begann, vollendete der SPD-Kanzler mit seiner Ost- und Entspannungspolitik.

Kein anderer Regierungschef ist von der Opposition so wütend und infam bekämpft und von seinen eigenen Leuten so inbrünstig verehrt und geliebt worden



WILLY BRANDT, KANZLER VON 1969 BIS 1974

* Arnulf Baring/Gregor Schöllgen: „Kanzler, Krisen, Koalitionen“. Siedler Verlag; 320 Seiten; 24,90 Euro.

wie Brandt. Seine Gegnerschaft zum Nazi-Reich machte ihn zum Idol der 68er Generation und zum Buhmann der Unbelehrbaren, die den einstigen Emigranten als „Vaterlandsverräter“ schmähten.

Selbst als er 1974 wegen der Spionageaffäre Guillaume zurücktrat, blieb der Friedensnobelpreisträger eine moralische und politische Instanz.

Helmut Kohl ist der Dritte, dem der dauerhafte Eintrag ins Geschichtsbuch glückte. Er hat sich schon in frühen Jahren gern als „Enkel Adenauers“ inszeniert. Aber erst 1989, als die Mauer fiel und die DDR implodierte, rückte er in dessen Nähe, weil er Weltpolitik machte. Die Parteispendenaffäre verdüsterte vorübergehend sein Bild in der Geschichte, aber er blieb „Kanzler der Einheit“.

Auch Schröder arbeitet an seinem Geschichtsbild. Noch sind die Konturen unscharf. Mit der vorsichtigen Abkoppelung von der Vormacht USA hat er eine bemerkenswerte außenpolitische Volte vollzogen, mit der Agenda 2010 die Abkehr von liebgewordenen sozialen Besitzständen der Bonner Republik eingeleitet.

Seitdem proklamiert er, dessen Markenzeichen der Zickzackkurs war, die Ge-

rade als Programm. Aus dem Konsenspolitiker, dem Meister im Erfinden immer neuer Runder Tische und Kommissionen – Atomausstieg, Arbeitsmarktreform – wurde der Konfliktpolitiker, der scheinbar unbeirrt sein Ding durchzieht.

Selbst innenpolitische Gegner sind beeindruckt. Alexander Gauland, einst Kanzleichef und engster Berater des hessischen CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann und als Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“ ein bekennender Konservativer, flocht dem Kanzler zum 60. Geburtstag, im April vorigen Jahres, Lor-

Selbst Helmut Schmidt bekundete Gerhard Schröder seinen Respekt.

beerkränze: „Man kann es drehen und wenden, wie man will: Am Ende dieses Jahres wird Gerhard Schröder die Republik mehr verändert haben als alle Kanzler vor ihm, nimmt man Gründungskanzler und Wiedervereinigungskanzler, also Konrad Adenauer und Helmut Kohl, einmal aus.“

Hans-Peter Schwarz, der beste Kenner der Adenauer-Zeit, zog in einem glänzend

geschriebenen Essay* verblüffende Linien vom ersten zum siebten Kanzler: „Nie vor Gerhard Schröder haben die Deutschen einen Bundeskanzler an der Spitze gehabt, der mit der eigenen Partei, den Gegnern, den Verbänden, erforderlichenfalls auch mit den Wählern so unnachsichtig umgesprungen ist wie Adenauer.“

„Was für Schröder die Agenda 2010 und Hartz IV sind“, so Schwarz zum SPIEGEL, „das waren für Adenauer die Wiederbewaffnung und die Deutschlandpolitik. Er hat sie ohne Rücksicht auf seine Partei und seine Wähler durchgesetzt.“

Renate Köcher, Chefin des Allensbacher Instituts für Demoskopie, teilt den Befund. „Adenauer und Erhard handelten in den fünfziger Jahren in vielem

Wichtigen gegen den Willen der Bevölkerung.“ Der Publizist Herbert Kremp, kein Freund der Rot-Grünen, zog gar Parallelen zu Bismarck: „Adenauer war über weite Strecken seiner Regierungszeit ein unbeliebter Kanzler. Hochschätzung trat erst nach dem Abschied von der Macht ein. Wie bei Bismarck. Wandelt Gerhard Schröder in solchen langgestreckten Schatten?“

Selbst Helmut Schmidt bekundete dem Nachfolger Respekt: „In der Tat hat Schröder Mut. Der Mann hat eine Menge in Gang gesetzt und bewusst eine Popularitätseinbuße in Kauf genommen.“

Aber gerade das Beispiel Schmidt zeigt, dass Prinzipientreue nicht immer zum Ziel führt. Er war der begabteste Regierungschef, als Fachmann fürs Globale, für Wirtschaft, Finanzen und Strategie unschlagbar – und er ist trotzdem gescheitert: an seiner Partei und an seiner an Starrköpfigkeit grenzenden Standfestigkeit.

Seine Regentschaft fiel in eine krisenhafte „Zwischenzeit“: Westintegration und Ostpolitik, die großen historischen Weichenstellungen der Nachkriegspolitik, waren vollzogen, als er 1974 ans Ruder kam.

Die Vollendung des Werks, die Rückkehr aller Deutschen in die internationale Staatengemeinschaft durch die Wiedervereinigung, lag noch in weiter Ferne. Das „Glück eines epochalen Auftrags“ (Schmidt) war ihm nicht vergönnt. Als 1989 die Mauer fiel, war er Pensionär und Helmut Kohl (CDU) der „Kanzler der Einheit“.

Schmidt ist immer noch einer der angesehensten Politiker und als Verfasser von mehr als 25 Büchern mit Sicherheit der produktivste. Aber gleichauf mit Adenauer, Brandt oder Kohl sieht man ihn nicht.

„Keine Reform, kein großes Gesetz, keine historische Richtungsentscheidung –

* Hans-Peter Schwarz: „Anmerkungen zu Adenauer“. Deutsche Verlags-Anstalt; 220 Seiten; 17,90 Euro.



FOTOS: KONRAD R. MÜLLER / AGENTUR FOCUS

HELMUT SCHMIDT, KANZLER VON 1974 BIS 1982

mit Ausnahme vielleicht des Nachrüstungsbeschlusses – verbindet sich mit Schmidts Namen“, resümierte einst die „Frankfurter Allgemeine“, „wohl aber die Unbeirrbarkeit und das politische Geschick, mit denen er im Terror des ‚Deutschen Herbstes 1977‘ während der Schleyer-Entführung seinem Verständnis von Staatsräson gefolgt ist“.

Er wollte neue Raketen nach Mitteleuropa holen, um die Russen zur Abrüstung zu zwingen. Und er setzte unbeirrt auf die Atomkraft. Beides überforderte die SPD.

Die Hartnäckigkeit, mit der Schmidt die Ängste der Menschen vor Rüstung und Umweltverschmutzung ignorierte, entfremdete ihn seiner Partei. Aus Protest gegen Schmidt schlossen sich Friedensfreunde, Umweltschützer und Atomkraftgegner 1980 zu einer neuen Partei zusammen. Ungewollt wurde der Hanseat somit einer der Gründerväter der Grünen, ohne die Schröder heute nicht regieren könnte.



Schröder ist der erste Bundeskanzler, den Nazi-Zeit und Krieg nicht geprägt haben. Das unterscheidet ihn von fast allen seinen Vorgängern: von Helmut Kohl, dem Hitlerjungen; von Helmut Schmidt, dem Weltkriegsoffizier; von Willy Brandt, dem Emigranten; von Kurt Georg Kiesinger, dem NSDAP-Mitglied; und von Ludwig Erhard, dem still duldenden Oppositionellen. „Sie alle“, schreiben Baring und Schöllgen, „trugen lebenslang schwer an ihren Erfahrungen in und mit der Diktatur.“

Adenauer nicht. Er war nicht verstrickt und nicht betroffen, weder als Opfer noch als Täter. Er stand über den Verbrechen der Nazis: nicht befangen, nicht gefangen. „Seine Greisenwürde“, schrieb die „Zeit“, „war eine Brücke zurück in die Geschichte, über den Abgrund von 1933 bis 1945 hinweg, ein Wieder-Fuß-Fassen in einer vielleicht nicht heilen, doch vorkatastrophalen Vergangenheit.“

Eine Brücke aber auch zur Nachkriegsgeneration. Konrad Adenauer, der Dinosaurier aus der Kaiserzeit, der die Jugendjahre der 68er prägte, konnte über Deutschlands Rolle in der Welt ähnlich unbefangen reden wie der nachgeborene Gerhard Schröder heute.

Adenauer misstraute der neuen Kennedy-Administration in den USA.

Schon 1951, als die Bundesrepublik noch unter der Aufsicht der westlichen Siegermächte stand, drängte der knorrige Alte auf mehr Selbständigkeit. Sein Biograf Schwarz zitiert, was er damals, beim Tee, ausgewählten Journalisten anvertraute: „Wenn ich wieder eine Großmacht



HELMUT KOHL, KANZLER VON 1982 BIS 1998

werden will – und das müssen wir Deutsche werden –, muss ich anfangen aufzutreten, wie eine Großmacht auftritt.“

Deutschland – eine Großmacht?

Adenauer kam es darauf an, „den westdeutschen Kernstaat auf Augenhöhe mit den europäischen Großmächten zu bringen“, schreibt Schwarz. Aber trifft das nicht auch auf Schröder zu?

Der spricht zwar nicht von „Großmacht“, sondern nennt es „Normalisierung“. Aber wenn er vom „deutschen Weg“, von der „gewachsenen Verantwortung“ redet und einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat einfordert, ist genau das gemeint. Und Schröder kann es aussprechen, ohne in Verdacht zu geraten, geschichtsvergessen zu sein oder imperiale Gelüste zu bedienen. Das kann man ihm so wenig unterstellen,

wie man es Adenauer (oder Brandt) unterstellt hätte.

Kohl hätte es auch gekonnt, aber er traute sich nicht. Ihm war, analysiert der Historiker Schwarz, „nicht wohl bei einer solchen Großmachtposition“. Als sein Außenminister Klaus Kinkel in den Si-

cherheitsrat drängte, war es Kohl, der ihn bremste.

Im Unterschied zu Schröder wollte Kohl auch nicht an den Jubiläumsfeiern der Alliierten in der Normandie teilnehmen. Er fühlte sich persönlich betroffen. Sein älterer Bruder war dort im Krieg bei der Landung britischer und amerikanischer Truppen schwer verwundet worden. Schröder war der erste Kanzler, der hinfuhr – und ohne Probleme hinfahren konnte.

In der Einschätzung von Deutschlands Rolle in der Welt ist Schröder viel eher der „Enkel Adenauers“, als Kohl es je war.

Es gibt weitere interessante Parallelen: Schröder und Adenauer starteten als Atlantiker und enge Freunde Washingtons, und beide landeten später als Europäer in der Nähe von Paris.

Bis Ende der fünfziger Jahre war Adenauer ganz eng an der Seite der Amerikaner. Danach betrieb er einen Kurswechsel – weg von der transatlantischen, hin zur europäischen, insbesondere zur deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Der Grund: Er misstraute den Amerikanern und der neuen Kennedy-Administration, die im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Europa nicht mehr mit dem

„massiven Gegenschlag“ drohte, sondern auf „flexible Vergeltung“ setzte. Adenauer interpretierte das als „Politik der Schwäche“.

Schröder stand zu Beginn seiner Amtszeit ebenfalls fest an der Seite Amerikas. Er war noch nicht vereidigt und im Amt, als er nach seinem ersten Washington-Besuch schon proklamierte, deutsche Soldaten müssten auf den Balkan. Nach dem 11. September 2001 versprach er den Amerikanern „uneingeschränkte Solidarität“.

Doch als George W. Bush in den Irak einmarschieren wollte, kündigte Schröder die Gefolgschaft. Mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac und Russlands Präsident Wladimir Putin schmiedete er die europäische Anti-Kriegs-Koalition. Das kam bei den Wählern 2002 gut an. Schröder verdankt seinem standfesten Nein zum Irak-Krieg – darin sind sich die Kommentatoren und Wahlforscher einig – die Wiederwahl im September 2002.

Antiamerikanische Aufwallungen waren auch früheren Kanzlern nicht fremd. Helmut Schmidt machte nie ein Hehl daraus, dass er den demokratischen Präsidenten Jimmy Carter für unfähig hielt. Willy Brandt holte im Wahlkampf 1980: Deutschland sei keine US-Kolonie. Aber

beide blieben ausgewiesene „Atlantiker“ und hielten sich an die Spielregeln.

„Willy Brandt“, sagt sein Biograf Peter Merseburger, „wäre beim Irak sicherlich zu dem gleichen Ergebnis gekommen wie Schröder. Aber er hätte es den Amerikanern ganz anders erklärt. Er wäre übergefahren und hätte zu Bush gesagt: Wir bleiben eure Freunde. Aber wir können einfach nicht mitmachen.“

Auch Kohl achtete, bei aller deutsch-französischen Freundschaft, stets auf Äquidistanz: Er pflegte herzlichen Umgang mit François Mitterrand, ließ aber zugleich nie einen Zweifel daran, das Washington im Zweifel der wichtigere Partner für ihn sei.

Entsprechend deftig fiel sein Urteil über Schröders außenpolitische Kehrtwende vor der Bundestagswahl 2002 aus: „Was sich in diesen Tagen abspielte, halte ich für die zynischste und erbärmlichste Form von Außenpolitik, die in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs betrieben wurde.“

Das sieht Egon Bahr ganz anders. Der große alte Strategie der SPD, der mit Brandt zusammen die Ost- und Entspannungspolitik konzipierte, sieht in Schröders neuer US-Politik einen historischen Akt der Emanzipation: „Er hatte den Nerv,

gegen Bedenken auch in den eigenen Reihen zum ersten Mal seit Kriegsende eine europäische Option zu nehmen und nicht an die Seite Amerikas zu treten.“

Auch der Alt-Linke Erhard Eppler interpretiert Schröders „Nein“ zu Bush als „etwas, das in die Geschichtsbücher eingeht, eine Art europäische Unabhängigkeitserklärung“. Wie Bahr wundert er sich, dass die Tiefe dieser Zäsur in Deutschland bislang noch nicht begriffen wird.

Bahr jedenfalls sieht Schröder schon jetzt im Panthéon der deutschen Geschichte: „In meinen Augen gibt es vier Kanzler, die Weichen gestellt haben: Konrad Adenauer mit der Westbindung, Willy Brandt mit der Ostöffnung, Helmut Kohl mit Instinkt und Mut zur Einheit und Gerhard Schröder, der die Selbstbestimmung Europas begonnen hat.“



So weit ist es freilich noch lange nicht. Wo Angst um Arbeitsplätze grassiert, hält sich Heldenverehrung in Grenzen.

Eines jedenfalls hat Schröder schon jetzt mit allen seinen Vorgängern gemein: die Unlust am Loslassen. Als er anfang, hieß es: höchstens acht Jahre. Jetzt will er es 2006 ein drittes Mal wissen.

Kein Kanzler ging wirklich freiwillig: Adenauer und Erhard wurden 1963 und 1966 von Rivalen aus den eigenen Reihen gemeuchelt. Kiesinger freute sich 1969 über einen Wahlsieg, der keiner war. Den Sturz Brandts bewerten die Historiker Baring und Schöllgen als „eine traurige Mischung aus Selbst- und Fremddemontage“. Helmut Schmidt musste nach acht Jahren dem weithin unterschätzten Kohl weichen, der die FDP auf seine Seite gezogen hatte. Kohl war außerstande, sein Amt rechtzeitig an Wolfgang Schäuble zu übergeben.

„Kanzler verhalten sich ab einem bestimmten Zeitpunkt immer wie Erbhofbauern“, sagt der Parteienforscher Franz Walter. „Sie haben den Eindruck, alles, was nach ihnen kommt, taue sowieso nichts. Sie klammern sich an die Macht, weil sie glauben, sie seien unverzichtbar.“

Das deutet sich auch bei Schröder an: Ebenbürtige Nachfolger, die ihn vom Sockel stürzen könnten, sind in der SPD nicht in Sicht. Und dass er es besser kann als die Konservativen – als Angela Merkel oder Edmund Stoiber –, glaubt er sowieso.

In seinem Flur jedenfalls ist für weitere Kanzler-Porträts gar kein Platz. Und in seinem Kopf vermutlich auch nicht. □



FOTOS: KONRAD R. MÜLLER / AGENTUR FOCUS

GERHARD SCHRÖDER, KANZLER SEIT 1998